



1/2010  
Januar 2010

KAS HAUPTABTEILUNG  
INTERNATIONALE ZUSAMMENARBEIT

## Der pazifische Präsident

### Obamas Asienpolitik im ersten Regierungsjahr

Wilhelm Hofmeister

Die Erneuerung und Intensivierung der Beziehungen zu Asien ist seit seinem Amtsantritt vor einem Jahr ein zentrales Anliegen der Außenpolitik von Präsident Obama. Der erste Führer, den er im Weissen Haus empfing, war der damalige japanische Premierminister. Seine Außenministerin Hillary Clinton unternahm ihre erste Auslandsreise nach Japan, Südkorea, Indonesien und China. Die Asiaten, die für solche symbolischen Gesten besonders sensibel sind und sich – mit Ausnahme Indiens - von Obamas Vorgänger Bush weitgehend vernachlässigt gefühlt hatten, haben das mit Aufmerksamkeit, zum Teil sogar mit ausgesprochener Dankbarkeit vermerkt. Im Hinblick auf seinen Geburtsort Hawaii bekräftigte Obama während einer Rede in Tokio im November, er werde "als Amerikas erster pazifischer Präsident" die Führungsrolle seines Landes in Asien ausbauen.

In seinen Reden trifft der Präsident meist den richtigen Ton. Doch welche Fortschritte oder gar Erfolge kann seine Asienpolitik tatsächlich verzeichnen?

#### Japan – Irritationen im Verhältnis zu einem treuen Alliierten

Das Verhältnis der USA zu China genießt weltweit zwar eine große Aufmerksamkeit - doch die bilateralen Sicherheitsallianzen mit Japan, Südkorea, Thailand, den Philippinen und – im weiteren pazifischen Raum - Australien besitzen die erste Priorität der USA in Asien. Japan nimmt dabei eine hervorgehobene Rolle ein. Deshalb haben Außenministerin Clinton im Frühjahr und Präsident Obama im November ihre erste Asien-Reisen jeweils in Japan begonnen. Doch nicht zuletzt weil auch der neue japanische Ministerpräsident Yukio Hatoyama, dem Beispiel des US-Präsidenten folgend, einen „Wandel“ versprochen hatte, ergaben sich nach dem Wahlsieg der Demokratischen Partei (DPJ) im August 2009 einige Reibungen im bilateralen Verhältnis. In Washington war mit einer gewissen Enttäuschung registriert worden, dass Hatoyama sein Wahlkampfversprechen einlöste und die japanischen Militärhilfe in Afghanistan durch Förderung von Infrastrukturprojekten und Ausbildungsmaßnahmen ersetzte. Zu deutlichen Frustrationen innerhalb

**ASIEN ONLINE**

1/2010

[www.kas.de/singapur](http://www.kas.de/singapur)

der US-Administration aber führten die anhaltenden Meinungsverschiedenheiten über ein Abkommen zur Verlegung des Truppenstützpunktes Futenama in Okinawa. Im Februar 2009 hatte Außenministerin Clinton mit der vorherigen japanischen Regierung ein Abkommen über die Truppenverlegung und den Bau eines neuen Stützpunktes unterzeichnet. Selbst nach dem Besuch von Obama war Hatoyama nicht bereit, das Abkommen in Kraft zu setzen. Außenministerin Clinton versuchte erneut am Rande des Klimagipfels in Kopenhagen den japanischen Ministerpräsidenten zum Einlenken zu bewegen. Doch das Abkommen ist vorerst nicht in Kraft. Für zusätzliche Irritationen in Washington hatte der Vorschlag Hatoyamas zur Gründung einer "Ostasien-Gemeinschaft" gesorgt, die sich am Modell der Europäischen Union orientieren und Japans "Abhängigkeit" von den USA verringern solle. Allerdings fand der Japaner selbst bei seinen Nachbarn keine unmittelbare Zustimmung für diesen Vorschlag.

Das Verhältnis zwischen den USA und Japan ist jedoch stabil genug, um solche Irritationen auszuhalten. In etlichen Bereichen wurde das bilaterale Verhältnis zwischen Tokio und Washington im ersten Jahr der Obama-Administration zweifellos gestärkt. Während ihres Treffens am 13. November in Tokio haben Obama und Hatoyama über viele bilaterale Themen gesprochen, darunter auch über etliche Punkte der gemeinsamen sicherheitspolitischen Agenda wie Afghanistan, Pakistan, Nord-Korea, Iran, Nichtverbreitung, Energiesicherheit und Klimawandel. Zu verschiedenen Fragen wurde eine Fortsetzung oder Vertiefung der Kooperation vereinbart, wobei die Bemühungen zur Nichtverbreitung von Kernwaffen und zum Ausbau sauberer Energietechnologie besondere Bedeutung besitzen. Ein neues „*open skies*“-Abkommen soll im Oktober 2010 unterzeichnet werden und die Luftfahrt zwischen beiden Ländern liberalisieren. Im Hinblick auf Nordkorea besteht ein enger Konsultationsprozess.

Japan ist weiterhin der wichtigste Alliierte der USA in Asien. Das gute Verhältnis wird, wie Meinungsumfragen in beiden Ländern immer wieder bestätigen, durch hohe Sympathiewerte füreinander bei großen Teilen der Bevölkerung unterstützt und mitgetragen. Dennoch halten es Beobachter auf beiden Seiten des Pazifik für wünschenswert, dass die Unstimmigkeiten, die zum Teil mit der innenpolitischen Situation Japans zusammenhängen, im Jahr 2010 überwunden werden. Vielleicht wird Ministerpräsident Hatoyama nach den Wahlen zum Oberhaus im Juli nicht mehr von seinen kleinen Koalitionspartnern abhängen und dadurch größeren politischen Handlungsspielraum haben. Die Amerikaner haben anscheinend mittlerweile akzeptiert, dass sie Geduld mit ihrem Partner haben müssen, um die Reibungen im beiderseitigen Verhältnis zu überwinden.

**Korea – der gute Partner**

Korea erweist sich immer mehr als der „gute Partner“, mit dem die USA nicht nur im Bereich der Sicherheitspolitik eng zusammenarbeiten. 2007 hatten beide Länder eine Freihandelsabkommen unterzeichnet, das

**ASIEN ONLINE**

1/2010

[www.kas.de/singapur](http://www.kas.de/singapur)

allerdings noch nicht ratifiziert ist; Widerstand gibt es vor allem im US-Kongress. Der koreanische Präsident Lee Myung-bak deutete gegenüber Präsident Obama an, dass Korea gegebenenfalls zu weiteren Konzessionen bereit ist, um die Ratifizierung des Abkommens durch den US-Kongress 2010 zu erreichen.

Ein Erfolg für Obama im Bereich der Sicherheitspolitik ist es zweifellos, dass Nordkorea andeutete, zu dem Sechs-Parteien-Dialog über die Einstellung seines Atomwaffenprogramms zurückkehren zu wollen. Mit einigen hochrangigen Besuchen in Nordkorea, darunter die Mission von Ex-Präsident Clinton im August zur Freilassung zweier Journalisten, ist die US-Administration den Nordkoreanern entgegen gekommen. Das scheint sich auszuzahlen. Allerdings hat die nordkoreanische Regierung gegenüber dem neuen US-Sonderbotschafter Bosworth bei seinen ersten Gesprächen in Pyonyang Anfang Dezember erneut die Aufhebung der UN-Sanktionen als eine Voraussetzung für die Rückkehr zum Verhandlungstisch verlangt. Das aber ist für die USA nicht verhandelbar, wie unmittelbar nach dem Besuch von Bosworth erkennbar wurde. Auf Hinweise amerikanischer Sicherheitsdienste beschlagnahmte Thailand am 13. Dezember ein Flugzeug, das in Nordkorea gestartet war und offensichtlich Waffen und Munition in den Iran fliegen wollte. Aufgrund der Resolution 1874 des UN-Sicherheitsrates vom Juni vergangenen Jahres ist Nordkorea der Handel mit solchen Waffen untersagt. Nordkorea hatte somit unmittelbar nach den Gesprächen mit Bosworth diese Resolution missachtet. Doch die USA machten deutlich, dass sie zu keinen Konzessionen bereit sind, solange die Führung in Pyonyang ihr Atomwaffenprogramm nicht aufgibt. Bereits im Juli war in den Vereinigten Arabischen Emiraten und im Oktober sogar in Myanmar jeweils ein Schiff mit koreanischen Waffenladungen beschlagnahmt worden. Beobachter sehen darin einen Hinweis, dass Nordkorea durch den illegalen Waffenhandel pro Jahr hunderte von Millionen, wenn nicht sogar über eine Milliarde Dollar verdient, allerdings auch sehr stark auf diese Einnahmen angewiesen sei. Die Sanktionen und ihre kompromisslose Umsetzung durch die USA und ihre Verbündeten könnten daher zu der neu angedeuteten Verhandlungsbereitschaft Nordkoreas beigetragen haben. Innerhalb der US-Administration besteht die Hoffnung, dass diese entschlossene Reaktion auf die nordkoreanischen Verstöße gegen die UN-Resolution Pyonyangs Rückkehr an den Verhandlungstisch beschleunigen werden. Auf jeden Fall hat diese energische Haltung Washingtons zur weiteren Festigung der Beziehungen zwischen den USA und Südkorea beigetragen.

**China –gemeinsam mehr Verantwortung übernehmen**

Die Zusammenarbeit mit China ist der zweite Kernpunkt von Obamas Asienstrategie. Es geht ihm dabei um pragmatische Kooperation und die Einbindung Chinas bei der Bearbeitung globaler Fragen. Befürchtungen über eine gemeinsame Dominanz mit China im Rahmen einer neuen Bipolarität hat der US-Präsident mehrfach widersprochen. Die Wirtschafts- und Finanzkrise hat die gegenseitige Abhängigkeit zwischen China und den USA zwar deutlich gemacht. Doch wurde im Verlauf des

**ASIEN ONLINE**

1/2010

[www.kas.de/singapur](http://www.kas.de/singapur)

vergangenen Jahres auch erkennbar, dass beide die neuen globalen Herausforderungen nicht alleine bewältigen können. Eine Blockade wie sie China und die USA beim Klimagipfel in Kopenhagen praktizierten, ist kein Nachweis für eine gemeinsame Führungsstärke. Zudem muss Washington darauf achten, seine alten Verbündeten wie Japan und neue Partner wie Indien nicht durch eine allzu enge Kooperation mit China zu irritieren. Im Kontext seiner China-Reise waren die Empfindlichkeiten Indiens erkennbar geworden.

Für Obama ging es im vergangenen Jahr zunächst um den Aufbau eines guten persönlichen Verhältnisses zur chinesischen Führung sowie insbesondere um eine pragmatische Zusammenarbeit mit China zur Bewältigung der internationalen Finanzkrise. Beide Seiten haben mit Ausbruch der Krise erkannt, wie sehr sie mittlerweile wirtschafts- und finanzpolitisch voneinander abhängen. Nachdem China viele Jahre von der Konsumfreudigkeit der Amerikaner und den Finanzjongleuren der Wallstreet eindeutig profitierte, machte sich im Kontext der Krise Unbehagen an der engen Verbindung mit den USA breit. Die Infragestellung des US-Dollar als internationale Leitwährung durch China war Ausdruck dieses Unbehagens.<sup>1</sup>

Im Bereich des Handels gab es etliche Kontroversen zwischen beiden Ländern, die im wesentlichen als Protektionismus-Vorwürfe (Peking gegen Washington) bzw. Preisdumping-Vorwürfe (Washington gegen Peking) zusammenzufassen sind. Beide Seiten haben infolge solcher Kontroversen Steuern und Abgaben auf verschiedene Produkte der anderen Seite erhoben. Die wichtigste Maßnahme der USA war ein im Dezember eingeführter Aufschlag von 16% Steuern auf chinesische Stahlrohre. 2008 hatte China Stahlrohre im Wert von über 2 Milliarden US-Dollar in die USA exportiert. Daneben haben die USA, ebenso wie die Europäische Union und auch südostasiatische Länder, mehrere Beschwerden wegen Chinas wiederholten Verstößen gegen WTO-Vereinbarungen geführt. Gegen China laufen damit im Rahmen der WTO mehr Verfahren wegen Protektionismus als gegen jedes andere Land. Auch wenn dieses Verhalten Chinas mittlerweile weltweit Verstimmung hervorruft, sind diese Kontroversen über Handelsfragen im bilateralen Verhältnis zwischen den USA und China fast schon eine Normalität und nicht zuletzt auf die kontinuierlich intensiveren Handelsbeziehungen zurückzuführen.

Für die politischen Beziehungen ergeben sich trotz dieser Kontroversen offensichtlich keine größeren Friktionen zwischen beiden Ländern. Das zeigte sich beispielsweise beim Besuch des stellvertretenden Vorsitzenden der Zentralen Militärkommission der Volksbefreiungsarmee, Xu Caihou, in den USA Ende Oktober vergangenen Jahres. Von Beobachtern wurde das als ein Zeichen des Fortschritts bei den militärischen Beziehungen und der sicherheitspolitischen Kooperation gewertet. Schließlich ist die neue

---

<sup>1</sup> Wie die USA und China im Rahmen der G 20 zur Krisenbewältigung zusammengearbeitet haben, wäre sicherlich eine interessante Frage, der hier aber nicht im Detail nachgegangen werden kann.

**ASIEN ONLINE**

1/2010

[www.kas.de/singapur](http://www.kas.de/singapur)

Dialogbereitschaft Nordkoreas nicht zuletzt der Intervention Chinas zu verdanken. Peking hat zudem auch im Iran im amerikanischen Sinne Einfluss auf das Atomprogramm zu nehmen versucht.

Ein Höhepunkt im beiderseitigen Verhältnis war der Besuch von Präsident Obama in Peking und Shanghai im November. Nachdem sein Umfeld schon im Vorfeld der Reise bemüht war, hohe Erwartungen zu dämpfen, hat sich Obama nahezu demonstrativ auf Sachthemen konzentriert und auf spektakuläre oder provozierende Aktionen und Verlautbarungen verzichtet. Menschenrechtsverletzungen oder Tibet hat der Friedensnobelpreisträger nicht angesprochen. In Shanghai traf er nur mit von der Kommunistischen Partei handverlesenen Studenten zusammen, die keine kritischen Fragen stellten oder unbequem Antworten provozierten. In den westlichen Medien ist er dafür gescholten worden. Gerade das aber dürfte das Vertrauen der chinesischen Führung in den US-Präsidenten bestärkt haben.

Während des Besuches von Obama wurde der bisherige „Strategische Wirtschaftliche Dialog“ (*Strategic Economic Dialogue*) in den „Strategischen und Wirtschaftlichen Dialog“ (*Strategic and Economic Dialogue*) überführt. Das ist nicht nur eine semantische Korrektur, sondern deutet an, dass beide Seiten künftig ihren „strategischen“ Dialog auf neue Felder ausdehnen wollen, beispielsweise den Klimawandel, die Nichtverbreitung von Kernwaffen und Entwicklungshilfe. Die erste Veranstaltung unter diesem geänderten Titel brachte zwar keine substantiellen Vereinbarungen oder Abstimmungen hervor, doch Außenministerin Clinton äußerte, jeder Schritt aufeinander zu sei „eine gute Investition“. In der Tat gibt es eine Reihe von Themen, die noch sehr viel Stoff für Kontroversen bergen, darunter Taiwan, Menschenrechte, die amerikanische Steuer- und Zollpolitik auf chinesische Investitionen, Chinas wachsende Militärausgaben und seine Machtambitionen im Südchinesischen Meer etc.

Die Beziehungen zwischen den USA und China haben im ersten Jahr der Regierung von Präsident Obama an Bedeutung gewonnen. Das ist vor allem auf die Notwendigkeit einer engen Zusammenarbeit in Reaktion auf die internationale Finanzkrise zurückzuführen, gilt aber auch für den Bereich der Klimapolitik, wo beide jedoch eine aus europäischer Sicht eher unrühmliche Rolle spielten. Die Hinblick auf Nordkorea und den Iran haben sich die positiven Perspektiven einer engeren Kooperation zwischen Peking und Washington gezeigt. Auch gegenüber Afghanistan und Pakistan scheint eine engere Kooperation möglich. Präsident Obama wird darum bemüht sein, diese positiven Entwicklungen im Verhältnis zu China auszubauen.

**ASEAN – neue Initiativen zur Pflege alter Partner**

Dass Obama im Hinblick auf Menschenrechtsfragen sehr pragmatisch agiert, zeigte sich während seiner Begegnung mit den Führern der zehn ASEAN-Mitgliedsländer aus Südostasien in Singapur. Bei diesem ersten Zusammentreffen eines US-Präsidenten mit den Staats- und

## ASIEN ONLINE

1/2010

[www.kas.de/singapur](http://www.kas.de/singapur)

Regierungschefs dieser Gemeinschaft sprach er auch mit dem Ministerpräsidenten aus Myanmar. Obama forderte von dem General die Freilassung aller politischen Gefangenen, ein Ende der Konflikte mit den ethnischen Minderheiten und einen „genuinen“ Dialog mit der Opposition in diesem Land als Voraussetzung für eine Aufweichung der seit 1997 gegen Myanmar bestehenden Sanktionen. Die US-Regierung beließ es aber nicht bei diesen Forderungen und der Kritik. Im Verlauf des Jahres gab es verschiedene Begegnungen zwischen ranghohen US-Vertretern und Mitgliedern der burmesischen Militärregierung, um vermittels direkter Kontakte und Dialog auf einen allmählichen Wandel hinzuwirken. Wiederholt wurde darauf verwiesen, dass die Friedensnobelpreisträgerin Aung San Suu Kyi, deren Hausarrest erneut verlängert wurde, den neuen Ansatz der US-Politik gegenüber Myanmar unterstütze. Offensichtlich haben US-Hinweise dazu beigetragen, dass Myanmar im Oktober ein nordkoreanisches Schiff, das Waffen transportierte, beschlagnahmte.

Doch nicht nur gegenüber Myanmar, sondern im Verhältnis zu allen ASEAN-Staaten hat die US-Regierung ein neues Engagement entwickelt. Die Stärkung des Multilateralismus, das dritte Element der neuen Asien-Strategie Washingtons, bildet dafür den konzeptionellen Rahmen. Die erste Begegnung eines US-Präsidenten mit allen ASEAN-Regierungschefs war der Höhepunkt eines Politikwandels, der nicht zuletzt darauf zurückzuführen ist, dass sich China seit einigen Jahren auch in Südostasien zunehmend engagiert. Vor allem diejenigen Südostasiaten, die politisch und ideologisch weniger stark an China gebunden sind, haben sich eine stärkere Präsenz der US in ihrer Region gewünscht. Von der Regierung Bush fühlten sie sich weitgehend vernachlässigt.

Im Juli hatte Außenministerin Hillary Clinton an dem ASEAN Regional Forum teilgenommen, dem wichtigsten offiziellen multilateralen Dialogforum in Asien-Pazifik, das ihre Vorgängerin Condoleezza Rice mehrfach nicht besucht hatte. Kurz danach, im September sind die USA dem Vertrag über Freundschaft und Zusammenarbeit in Südostasien (*Treaty of Amity and Cooperation in Southeast Asia, TAC*) beigetreten, der zwar kein unmittelbares sicherheitspolitisches oder militärisches Engagement bedingt, aber nicht nur die Absicht Washingtons unterstreicht in der Region Präsenz zu zeigen, sondern zugleich die Möglichkeit eröffnet, dem Ostasiengipfel (*East Asia Summit, EAS*) beizutreten, einem seit 2005 bestehenden (weiteren) Dialogforum der politischen Führer Asiens. Die USA sind damit in einer weiteren multilateralen Struktur Asiens präsent, was der eingangs zitierten Absicht von Präsident Obama entspricht.

Frau Clinton war im Juli auch mit Vertretern der Länder des Mekong-Bassins zusammengekommen (Myanmar, Thailand, Laos, Kambodscha, Vietnam) und mittlerweile haben die USA mehrere Millionen US-Dollar für Entwicklungs- und Umweltschutzprogramme in dieser Region freigegeben. Auch wenn ihr Engagement von den meisten Ländern begrüßt wird, berührt das doch einige politische Sensibilitäten. China ist in den meisten der genannten Länder sehr stark engagiert und es bestehen teilweise schon klare Abhängigkeitsverhältnisse (bes. im Falle

## ASIEN ONLINE

1/2010

[www.kas.de/singapur](http://www.kas.de/singapur)

von Myanmar und Laos). Ungeachtet dessen versuchen Japan und nicht zuletzt auch Australien im Mekongbassin stärker Fuß zu fassen. Ein neues Engagement der USA stößt somit hier auf den Wettbewerb mit China (und gewiss geht es den USA nicht zuletzt um die Eindämmung des chinesischen Einflusses). Zugleich aber besteht dann auch die Gefahr, dass sich die US-Alliierten Japan und Australien in ihren eigenen Interessen beeinträchtigt sehen.

**Indien –Nostalgie vermeiden**

Indien fühlte sich zur Zeit von US-Präsident George W. Bush als der bevorzugte Partner der USA in Asien. Das Atomabkommen war dafür die wesentliche Grundlage. Es soll den Export von nuklearem Brennstoff und ziviler Nukleartechnologie nach Indien ermöglichen, obwohl das Land nicht Unterzeichner des Atomwaffensperrvertrags ist. Die ehemalige Außenministerin Condoleezza Rice hatte versprochen, die USA würden "Indien helfen, eine Weltmacht zu werden". Einerseits konnte die Regierung Obama somit an die besonders guten Beziehungen zu Indien anknüpfen – andererseits aber gab es in Indien nach dem Machtwechsel in Washington Skepsis hinsichtlich der neuen Prioritäten der US-Asienpolitik. Das galt sowohl für Themen wie die US-Strategie gegenüber Afghanistan und Pakistan, die Nichtverbreitung von Atomwaffen und den Klimawandel als auch für die Aufmerksamkeit der USA für Ostasien. Die Obama-Administration war angesichts dieser Skepsis im Laufe des Jahres bemüht, den Indern zu demonstrieren, dass sie weiterhin ein wichtiger Partner sind – auch wenn das Verhältnis auf amerikanischer Seite mit einem politischen *faux pax* begann und übers Jahr einige Meinungsverschiedenheiten bei einzelnen Themen aufkamen.

Ein *faux pax* war es wohl, dass Außenministerin Clinton in ihrer Rede im Februar im Vorfeld ihrer ersten Asienreise Indien nicht erwähnte. In Neu Delhi ist das zur Kenntnis genommen worden. Clinton besuchte das Indien im Juli. Wegen amerikanische Kommentare zum Friedenprozess zwischen Indien und Pakistan, die die Indier gar nicht gerne hören, wegen der Haltung Indiens bei der Doha-Runde der Welthandelsorganisation, die aus US-Sicht maßgeblich zur Verzögerung eines Abschlusses beiträgt, sowie wegen amerikanischer Kommentare und Erwartungen im Hinblick auf eine stärkere Kontrolle von Treibhausgasen in Indien gab es im Verlauf des Jahres einige Meinungsverschiedenheiten. Besonderen Anstoß aber nahm man in Indien an einer Passage der gemeinsamen chinesisch-amerikanischen Kommuniqués zum Abschluss von Obamas Besuch in China. Hier ist, ohne weitere Konkretisierungen, von der Absicht einer Kooperation zwischen China und den USA für Frieden, Stabilität und Entwicklung in Südasien die Rede. Die Unterzeichner mögen dabei besonders an Afghanistan und Pakistan gedacht haben – in Indien aber fühlte man sich pikiert, weil man es in Neu Delhi selbstverständlich nicht hinnehmen will, dass sich die USA und China über einen Teil Asiens auslassen, der größtenteils von Indien eingenommen wird. Nicht nur deshalb war die US-Regierung bei dem Besuch von Indiens Ministerpräsident Manmohan Singh in Washington 14 Tage nach Obamas Chinasreise bemüht, den Gast ungewöhnlich zuvorkommend zu



## ASIEN ONLINE

1/2010

[www.kas.de/singapur](http://www.kas.de/singapur)

behandeln. Nostalgie der Inder an die Jahre von George W. Bush sollte auf jeden Fall vermieden werden.

Manmohan Singh war, im diplomatischen Sinne, der erste Staatsgast, den Präsident Obama in Washington empfing. Er wurde ausserordentlich zuvorkommend behandelt. Obama bezeichnete Indien als „strategischen Partner“ – was aber dadurch relativiert ist, dass auch Indiens Rivalen Pakistan und China bereits mit diesem Titel versehen wurden. Die Verhandlungen über einige Details des Nuklearabkommens waren vor dem Besuch Singhs nicht zu Ende gebracht worden, so dass das Abkommen noch nicht in Kraft ist. Doch trotz seiner sonstigen Bemühungen zur Nichtverbreitung von Kernwaffen ist damit zu rechnen, dass Präsident Obama das Abkommen mit Indien letztlich umsetzen wird. Mehrfach haben Singh und Obama die Übereinstimmung der „ältesten“ mit der „größte“ Demokratie in grundlegenden Werten betont, die es im Verhältnis zu anderen Größmächten nicht gäbe. Indien ist ohne Zweifel zu einer Vertiefung der Zusammenarbeit mit den USA bereit, misst sein Verhältnis zu Washingtons aber auch an der Stellung Chinas und Pakistans.

**„Wir sind zurück in Asien“.**

US-Außenministerin Hillary Clinton hat im vergangenen Jahr gleich bei mehreren Gelegenheiten betont: „Wir sind zurück in Asien“. Tatsächlich ist es der Regierung von Präsident Obama gelungen, den Asiaten glaubwürdig zu vermitteln, dass die USA ein neues und genuines Interesse am Ausbau ihrer Beziehungen und Präsenz mit den Staaten dieses Kontinents, besonders in Ost- und Südostasien, haben. Im bilateralen Verhältnis zu den großen Staaten Asiens sind die Beziehungen im vergangenen Jahr sicherlich ausgebaut worden und vorangekommen. Dennoch ist noch keineswegs eindeutig, ob die neue Präsenz der USA von Substanz ist oder nur mehr symbolischen Charakter besitzt.

Über die schwindende Macht der USA in Asien (und auf globaler Ebene) wird viel spekuliert. Dennoch bleiben die USA bis auf absehbare Zeit der wichtigste Sicherheitsgarant in Ost- und Südostasien. Allerdings können sie trotz ihrer im Vergleich zu den anderen Staaten der Region immensen Militärausgaben keine Hegemonialrolle im asiatischen Sicherheitssystem spielen, weil sie auf die Kooperation ihrer Alliierten und Partner angewiesen sind. Die Friktionen im Verhältnis zu Japan berühren die Substanz ihrer Allianz nicht, machen aber deutlich, dass die USA immer wieder die enge Abstimmung mit ihren Partnern suchen müssen. Für die Regierung Obama kommt es deshalb darauf an, die Irritationen im Verhältnis mit Japan zu überwinden. Die positiven Signale auf der koranischen Halbinsel müssen in konkrete Schritte umgesetzt werden. Mit China gilt es einen Modus für die Übernahme gemeinsamer Verantwortung gegenüber drängenden globalen Anliegen zu entwickeln. Ob China an einer solchen „strategischen Beziehung“ wirklich interessiert ist, kann letztlich niemand vorhersehen.